

Prostitution wieder verbieten?

Frauen Zwei Expertinnen diskutieren im Rathaus und legen dabei ihre unterschiedlichen Auffassungen zu diesem Thema dar. *Von Dagmar Oltersdorf*



Auf dem Podium von links Nadja Wenger, Uta Maria Steybe und Inge Bell. - Foto: BW

(issuefile/68166/ext/06bb4f691b0e0dabf9953f94206230e1.jpg) (issuefile/68166/ext/13a82b55ba988c815ee3efac0db4d9fc.jpg) (issuefile/68166/ext/b0b7115a3ac4a5ae5019f45126f1d1fb.jpg) (issuefile/68166/ext/4d30cf1c9887ce7c3fd5b6d8cb4d627f.jpg) (issuefile/68166/ext/c5aed6cf8f15658d99e99c8302d3506f.jpg) (issuefile/68166/ext/aec544286f0eec5831c428f90a4f08bd.jpg) (issuefile/68166/ext/ed5e33e776821287981309445447e501.jpg) (issuefile/68166/ext/2ff961f294abe36b273020ffc6f4b0d.jpg) (issuefile/68166/ext/3312db2bc5dff3d50d13c59984de3d3b.jpg) (issuefile/68166/ext/bce1cdc664cc918bdb204bc11e49bac6.jpg) (issuefile/68166/ext/afc64518a715beb05a69086862441c9b.jpg)

Aalen Prostitution geht uns alle an“ – unter diesem Titel tauschten sich am Donnerstagabend im Rathaus Expertinnen aus – Bestandteil der Veranstaltungsreihe rund um den „Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen“. Danach wurde mit rund 30 Gästen, darunter auch ein paar Männer, diskutiert. Geladen hatten das Bündnis Ostalb gegen Menschenhandel und (Zwangs-) Prostitution und Solwodi.

Auf dem Podium saßen Nadja Wenger, Vertreterin von Amnesty International und die Menschenrechtsaktivistin Inge Bell von Terre des femmes.

Wenger sei die Frau für alle Fälle, so Moderatorin Uta-Maria Steybe. „Immer wenn es schwierig wird, muss sie vor Ort“, so die Beauftragte für Chancengleichheit. Inge Bell stellte Steybe als Medienunternehmerin vor, 2007

als Frau des Jahres in Europa ausgezeichnet, 2012 mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande. Beides Feministinnen, so Steybe, die aber „diametral entgegengesetzte Argumentationsstränge“ zum Thema verfolgten.

Schwedisches Modell

Bell hat das Aalener Bordell gegoogelt. Zu finden seien auf der Website 18 Frauen, darunter auch 18-Jährige, die meisten aus Ungarn und Rumänien, fast alle jünger als 24 und damit „signifikant für die Bordelllandschaft in Deutschland“. Durch die Osterweiterung habe es zusammen mit einer Gesetzgebung, die Prostitution erlaube, in Deutschland hier einen Schub gegeben. Bell schilderte den Fall einer 18-jährigen Rumänin. Diese sei nach Deutschland gelockt, zur Prostitution gezwungen und von ihrem Freier so brutal misshandelt worden, dass sie Jahre später daran starb. Prostitution sei „pure Gewalt und Verletzung der Menschenwürde“, sagte Bell, die auch für Solwodi sprach. Beide Organisationen fordern eine Bestrafung der Freier nach schwedischem Modell.

Amnesty verwendet den Begriff „Sexarbeit“. Nadja Wenger betonte, dass Amnesty – eine Menschenrechtsorganisation – nach zähem Ringen unter Beteiligung aller Länder, in denen es die Organisation gibt, sich entschlossen hat, sich für die Entkriminalisierung der Sexarbeit einzusetzen. Es gehe Amnesty immer auch um strukturelle Veränderungen. Zudem habe man die Erfahrung gemacht, dass das Recht auf Wohnung für Frauen wichtiges Thema sei. In Norwegen, wo das schwedische Modell gelte, seien Prostituierte aber zwangsgeräumt worden. „Ausstiegsmöglichkeiten, Aufklärung, die Frauen schützen, das schaffen wir nur mit einer Entkriminalisierung“, so Wenger.

Die Geschichten von Zwangsräumen sei einer der „Mythen“ zum schwedischen Modell. Es würde nur zwangsgeräumt, wenn die Wohnung einem Freier gehörten, so Bell. Wenger bekräftigte ihre Aussage nochmals. Die Legalisierung von Prostitution wie in Deutschland ermögliche Frauen den Zugang zum Gesundheitssystem. Zudem gebe es eine Grenze zwischen Sexarbeit und Zwangsprostitution. Bell griff den Begriff „Sexarbeit“ auf. Prostitution sei Zwang und Vergewaltigung, Vergewaltigung könne keine Arbeit sein.

Nadja Wenger wurde aus dem Publikum heraus mit einem Presse-Zitat konfrontiert. Demnach sei Amnesty bei seiner Entscheidung, Prostitution zu entkriminalisieren „unterwandert“ worden. Wenger meint, es sei kaum möglich, so viele Delegierte aus so vielen Ländern bei einer basisdemokratischen Entscheidung zu unterwandern.

Zudem ging es um mehr Polizei, Sozialarbeit, Berliner Sextoiletten und weitere Zitate, zu denen vor allem die Amnesty-Vertreterin Stellung nehmen sollte.